

## SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT IN BRASILIEN

BRASILIA, 3. Juli 1975
Postfach 97-1604 04-0171

Ref.:

350.1 STD/HE

Direktion für Internationale Organisationen Eidgenössisches Politisches Departement

3003 Bern

note

Verweigerung Besuchserlaubnis an schweiz. Indianerforscher

EPD 11.07.75 11

Ref. 0.301.80./0.320.8r.

Herr Botschafter,

note

. 5.

Mitte Juni traf der bekannte schweizerische Indianerforscher, Rene FUERST, wohnhaft in Genf, in Brasilia ein. Er war begleitet von Herrn Louis NECKER, Dozent am dortigen Universitäts-Institut für Entwicklungsstudien, der kürzlich eine Dissertation über die Guarani-Indianer in Paraguay fertiggestellt hat. Beide beabsichtigten während mehreren Wochen brasilianische Indianerreservate zu besuchen. Beim ersten Kontakt mit dem Präsidenten der FUNAI (Fundação Nacional do Indio), General Ismarth de OLIVEIRA, schienen sich keinerlei Schwierigkeiten zu ergeben, weshalb die Botschaft, wie es in derartigen Fällen seit einiger Zeit verlangt wird, das Gesuch um die Erlaubnis zum Aufenthalt in den Reservaten mit Note an das Aussenministerium unterstützte.

Praktisch zur gleichen Zeit sistierte die FUNAI dem brasilianischen Rat (katholischer) Indianermissionare - Conselho Indigenista Missionario (CIMI) - die Besuchserlaubnis für alle Reservate. Dessen Präsident, Pater José Vicente CESAR, der früher während 4 Jahren an der Universität Freiburg i. Ue. studiert hatte und 1970 zusammen mit Herrn Fürst im Amazonasgebiet an den Vorabklärungen für eine spätere Mission des IKRK zugunsten der brasilianischen Indianer teilnahm, griff darauf die FUNAI scharf an. Gemäss dem im "Estado de Sao Paulo erschienenen Artikel soll er dabei wörtlich (in Uebersetzung) erklärt haben: "Die FUNAI sollte sich eher darum sorgen, Ausländern den Zugang in die betreffenden Gebiete zu untersagen, welche nachher im Ausland die Praxis einer brasilianischen Politik des Genocid denunzieren, wie es der Fall des Schweizers René Fürst war, der schon zweimal mit Erlaubnis der FUNAI indianische Gemeinschaften besuchte." Herr Fürst dementierte gegenüber dem gleichen Korrespondenten in aller Form, jemals den Vorwurf des Genocids erhoben zu haben. Seine Erklärung wurde, inkl. die

./.

Bemerkung "ohne FUNAI würde es in Brasilien keine Indianer mehr geben" von der Zeitung ebenfalls publiziert. Der Präsident der FUNAI sah sich darauf veranlasst, das Gesuch von Herrn Fürst dem konsultativen Rat für Indianerfragen in Rio zu unterbreiten, der einstimmig die Ablehnung empfahl.

Sofort nach Erscheinen des ersten Artikels setzte ich mich mit dem mir gut bekannten ständigen Vertreter der brasilianischen Bischofskonferenz in der neuen Hauptstadt, Padre Alfonso HAMMES, in Verbindung. Er erklärte, der CIMI sei vorderhand ein von der Konferenz unabhängiger Zusammenschluss von Missionsgeistlichen, deren scharfe Sprache sie keineswegs billige. Nach einer Unterredung, die er mit Herrn Fürst gehabt hatte, telefonierte mir Padre César am 30. Juni, wobei er seine Behauptung, dass Herr Fürst den Vorwurf des Genocids erhoben habe, aufrecht erhielt und durch das Vorlesen eines Abschnittes aus einem Bericht über ein Seminar betr. Indianerfragen untermauerte, das 1969 an der Universität Bern unter Leitung des inzwischen nach Paraguay ausgewanderten österreichischen Professors Georg GRUENBERG und mit Herrn Fürst als wissenschaftlichem Mitarbeiter durchgeführt wurde. Unser Mitbürger erklärte darauf, Professor GRUENBERG habe ihm den Text vor der Drucklegung nicht vorgezeigt, aber nachher zugegeben, dass er unzutreffende Bemerkungen enthalte. Allerdings finden sich in dem von Herrn Fürst 1972 herausgegebenem Neudruck auf Seite 5 und Seite 16 folgende Stellen:

- Seite 5: "Established on the basis of the "Kritische Bibliographie zum Genozid in Brasilien" (Fürst and Grünberg 1969)..."
- Seite 16: "Fürst, René and Grünberg, Georg 1969 <u>Kritische Bibliographie zum Genozid in Brasilien</u> Seminar für Ethnologie, Bern."

Am 1. Juli suchte ich den mir von früher her gut bekannten Präsidenten der FUNAI auf. Er erklärte, persönlich für die Besuchserlaubnis gewesen zu sein, sie aber nach der einstimmigen Ablehnung durch das konsultative Organ nicht mehr erteilen zu können. Meinem Vorschlag, Herrn Fürst Gelegenheit zu einer detaillierten, schriftlichen Bekanntgabe seines Standpunktes zu geben, stimmte er sofort zu. Weiter erklärte er sich bereit, die Erteilung der Besuchserlaubnis an Herrn Necker wohlwollend zu prüfen und riet die Uebergabe einer neuen Note an das Aussenministerium an.

Herr Fürst, der erklärte, bisher 12mal zum Studium der Indianerfragen nach Brasilien gekommen zu sein und dem Problem 20 Jahre seiner wissenschaftlichen Tätigkeit gewidmet zu haben, war von der Ablehnung tief betroffen. Nach Rückkehr in die Schweiz wird er eine Dokumentation zwecks Uebermittlung durch die Botschaft an Aussenministerium und FUNAI zusammenstellen und Ihnen mit der Bitte um Weiterleitung unterbreiten. Er ist an der Bereinigung des Falles umso mehr interessiert als er Aussicht hat, im kommenden Herbst vom BIT als Experte für die Resolution Nr. 107 beigezogen zu werden.

Die Behauptung von Herrn Fürst, den Vorwurf des Genocid nie erhoben sondern nur von Ethnocid gesprochen zu haben, machte einen glaubwürdigen Eindruck. Dagegen hätte er sich viel nachdrücklicher vom von Professor Grünberg redigierten Bericht distanzieren und wenigstens im Neudruck entsprechende Hinweise zum Ausdruck Genocid anbringen sollen.

Ich habe es Herrn Fürst anheimgestellt, zu gegebener Zeit statt einer blossen Uebersendung seiner Stellungnahme bei Ihrer Direktion persönl**ich** vorzusprechen.

Zum Schluss noch geraffte Hinweise auf die Vielgestaltigkeit des Indianerproblems, wie sie sich für die FUNAI seit der Uebernahme der Aufgaben von der Vorgängerorganisation ergibt, die wegen ihrer Misserfolge aufgelöst werden musste.

Die Indianer brauchen - weil sie sich hauptsächlich von Fischen und den Produkten der Jagd ernähren - sehr grosse Flächen. Die brasilianische Regierung ist darauf angewiesen, im Interesse der gesamten Bevölkerung die gleiche Region durch Strassen zu erschliessen, sowohl um an die Bodenschätze heranzukommen als auch der Landwirtschaft dienstbar zu machen. Auch wird die Frage immer aktueller, in welchem Ausmass Brasilien zur Verringerung oder Schliessung einer sich u.U. in absehbarer Zukunft weltweit ergebenden Ernährungslücke beitragen könne. Selbst wenn es nicht zu eigentlichen Zusammenstössen kommt, ergeben sich durch die räumliche Nähe Schwierigkeiten: Uebertragung von Infektionskrankheiten, für welche die Indianer über keine Abwehrstoffe verfügen; Beziehungen zwischen Indianermädchen und den Strassenarbeitern; Alkoholismus. Von den Missionaren ist eine Gruppe der Auffassung, dass eine Bekehrung zum Christentum falsch sei, und es einzig darum gehe, das Ueberleben der Indianer zu sichern. In diesem Fall ist die Tätigkeit nicht mehr seelsorgischer sondern vorwiegend sozialer Art und das Bemühen, sich als kirchliche Gruppe darzustellen, weniger religiös als politisch bedingt. Dem nicht sehr grosser Kreis internationaler Forscher fällt es begreiflicherweise schwer, sein Hauptanliegen im grösseren Zusammenhang zu sehen. Sehr, wenn nicht sogar allzu schnell, werden die für Laien schwerwiegenden Worte wie Genocid und Ethnocid verwendet. Der Präsident der FUNAI erklärte mir bei der erwähnten Unterredung, dass ein normaler Leser mit bezug auf

eine objektive Beurteilung überfordert sei, wenn sich im Titel des Berichtes über ein Seminar, das an der Universität der Hauptstadt unseres angesehenen Landes stattgefunden habe, das Wort "Völkermord" im Zusammenhang mit den Indianern in Brasilien verwendet werde. Herr Fürst scheint nun das Opfer von zwei ausländischen Kollegen, die zudem für ihr Studium bzw. ihre Lehrtätigkeit das Prestige der Universitäten von Freiburg und Bern in Anspruch nehmen, geworden zu sein. Ich habe allerdings eine gewisse Hoffnung, dass er bei einer überzeugenden und sachlichen Darlegung seines Standpunktes Aussicht hat, später wieder eine brasilianische Besuchserlaubnis für die Indianerreservate zu erhalten.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter

Stadelhofer)

Kopie geht z.K. an den Informations- und Pressedienst, EPD, 3003 Bern